

**Drucksache Nr.:**  
**21346-21-E1**  
**TOP-Nr: 6.1**

An die  
Vorsitzende des Ausschusses für Klima-  
schutz, Umwelt, Stadtgestaltung und  
Wohnen

### **Zusatz- /Ergänzungsantrag zum Tagesordnungspunkt**

	Datum
	02.06.2021
Sitzungsart:	Stellungnahme
öffentlich	
Gremium:	Beratungstermin:
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Woh- nen	16.06.2021

### **Tagesordnungspunkt**

Wohnbauprogramm für junge Familien

### **Beschlussvorschlag**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

die Fraktionen von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und CDU bitten um Beratung und Beschlussfassung des nachfolgenden Antrages.

Vor dem Hintergrund des sehr angespannten Wohnungsmarktes in Dortmund haben es insbesondere junge Familien mit Kindern im schulpflichtigen Alter vielfach schwer, geeigneten und bezahlbaren Wohnraum in Dortmund zu finden. Dieser Umstand führt unter anderem dazu, dass junge Familien einen Wohnsitz außerhalb Dortmunds suchen. Diese für unsere Stadt äußerst negative Entwicklung muss möglichst schnell beendet und umgekehrt werden.

Der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtentwicklung und Wohnen und der Rat der Stadt beschließen daher:

1. Der AKUSW und der Rat der Stadt stellen fest, dass das bestehende Wohnraumangebot für junge Familien in Dortmund nicht bedarfsdeckend ist.
2. Der AKUSW und der Rat der Stadt stellen fest, dass der Wohnungsbau für junge Familien dringend intensiviert werden muss.
3. Der AKUSW und der Rat der Stadt beauftragen die Verwaltung, ein Programm zu erarbeiten, mit dem das Ziel von 5.000 neuen Wohneinheiten für junge Familien bis zum Jahr 2025 erreicht werden kann.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, alle Fördermöglichkeiten von Bund und Land für die Zielerreichung zu nutzen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob im Zuge der Aufstellung neuer Bebauungspläne ein signifikanter Flächenanteil für den Wohnraumbedarf von jungen Familien vorgehalten werden kann.
6. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie dieses Ziel mit dem vom Rat am 20.05.2021 beauftragten Konzept für den kommunalen Wohnungsbau in Einklang gebracht werden kann.
7. Das von der Verwaltung zu erarbeitende Konzept wird den politischen Gremien spätestens im 4. Quartal 2021 vorgelegt.

### **Begründung**

Erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Oliver Stieglitz  
BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN



f.d.R.  
Sabine Pezely

gez.  
Uwe Waßmann  
CDU



f.d.R.  
Manuel Treude